



## NEUES VOM EUROPÄISCHEN BESCHÄFTIGUNGSOBSERVATORIUM

### Ausgabe 56: Januar 2009

Die Ausgabe vom Januar 2009 berichtet über die jüngsten beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Trends in Europa von November 2008 bis Januar 2009. (Die Newsletter-Ausgabe Nr. 55 war bereits den Monaten November und Dezember 2008 gewidmet, hatte sich aber hauptsächlich auf die Folgen der globalen Finanzkrise konzentriert.)

Diesmal wird über die folgenden Themen berichtet:

1. Informelles Ratstreffen über Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
2. Kommission schlägt europäisches Konjunkturprogramm vor
3. Die Kohäsionspolitik im Mittelpunkt des Europäischen Konjunkturprogramms
4. „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ – eine Initiative, um den künftigen Arbeitsmarktbedarf besser vorhersagen und Qualifikationen und Stellenangebote besser aufeinander abstimmen zu können
5. Verbesserung des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, um entlassene Arbeitnehmer unterstützen zu können
6. EU-Globalisierungsfonds unterstützt Arbeitnehmer in Spanien und Litauen
7. Konjunkturabschwächung trifft den Arbeitsmarkt
8. Freizügigkeit der Arbeitnehmer zeigt positive Wirkung auf die europäische Wirtschaft
9. Vier EU-Länder heben Arbeitsmarktbeschränkungen für bulgarische und rumänische Arbeitnehmer auf
10. Informationspaket über Migration in Europa
11. Richtlinie zur Verbesserung der Rolle der europäischen Betriebsräte
12. Debatte über europäische Arbeitszeitrichtlinie geht weiter
13. EU hilft Arbeitnehmern der Verteidigungsindustrie
14. Europäisches Gipfeltreffen zur beruflichen Gleichstellung von Mann und Frau
15. Kommission fordert sechs Länder zur Umsetzung der Rechtsvorschriften für die Gleichbehandlung der Geschlechter auf
16. Europäisches Parlament billigt flexiblere Grundlage für die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)
17. Bericht über Beschäftigung in Europa 2008
18. Bericht über Umstrukturierung in Europa 2008
19. Demografiebericht der Europäischen Kommission



## 20. Studie über Zeitarbeit und Tarifverhandlungen in der EU

### 1. Informelles Ratstreffen über Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Am 22. und 23. Januar 2009 fand in der Tschechischen Republik ein informelles Treffen der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten statt. Unter dem Vorsitz von Petr Nečas, dem tschechischen Minister für Arbeit und Soziales, erörterten die Minister die folgenden Themen:

- Förderung der geografischen und beruflichen Mobilität der Arbeitskräfte sowie Aktivierung zur Aufnahme einer Beschäftigung
- Strategien für eine Einigung bezüglich der Arbeitszeitrichtlinie vor Ablauf der derzeitigen Legislaturperiode

Dem informellen Treffen war eine Tagung der Arbeitsminister der Sozialen Troika mit den europäischen Sozialpartnern und der Europäischen Sozialplattform vorausgegangen.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=446&furtherNews=yes>

### 2. Kommission schlägt europäisches Konjunkturprogramm vor

Am 26. November 2008 legte die Europäische Kommission ein umfassendes europäisches Konjunkturprogramm vor, um Europa aus der derzeitigen Wirtschaftskrise zu helfen. Der Plan umfasst neben kurzfristigen Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage, Sicherung von Arbeitsplätzen und Wiederherstellung des Vertrauens auch „intelligente“ Investitionen, die langfristig zu einem höheren Wachstum und nachhaltigen Wohlstand führen sollen.

Anvisiert ist eine gezielte und befristete finanzielle Hilfe in Höhe von rund 200 Milliarden EUR bzw. 1,5 % des BIP der EU. Rund 170 Milliarden EUR (1,2 % des BIP) dieses Betrags sollen die Länder aufbringen, die restlichen 30 Milliarden EUR (0,3 % des BIP) werden von der EU und der Europäischen Investitionsbank gestellt. Jeder Mitgliedstaat ist zudem gehalten, die im nationalen Kontext erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Zur Beschleunigung und Konsolidierung der wirtschaftlichen Erholung sowie zur Verhinderung zukünftiger Krisen sind überdies ehrgeizige strukturelle Reformen geplant, die den Bedürfnissen der einzelnen Länder angepasst sind. Einige dieser Reformen sollen die finanzielle Hilfe durch eine Ankurbelung der Nachfrage – zum Beispiel durch die Unterstützung der Kaufkraft der Verbraucher und eine reibungslosere Funktion der Märkte – ergänzen.

Der vollständige Wortlaut des Plans ist auf folgender Website veröffentlicht:

[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm)

### 3. Die Kohäsionspolitik im Mittelpunkt des Europäischen Konjunkturprogramms

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember einen Bericht angenommen, der den Beitrag der Kohäsionspolitik zum Europäischen Konjunkturprogramm und deren Unterstützung der Realwirtschaft unterstreicht.



Der Bericht geht auf die Maßnahmen ein, die intelligente Investitionen auf nationaler und regionaler Ebene beschleunigen sollen, indem der Zugang zu Finanzhilfen erleichtert, von der Krise betroffene Menschen unterstützt und die Verfügbarkeit von Finanzierungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verbessert werden.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=de&newsId=433&furtherNews=yes>

#### **4. „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ – eine Initiative, um den künftigen Arbeitsmarktbedarf besser vorhersagen und Qualifikationen und Stellenangebote besser aufeinander abstimmen zu können**

Im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms legte die Europäische Kommission am 16. Dezember 2008 einige Vorschläge vor, wie sich vorhandene Kompetenzen und Bedarf der Arbeitgeber besser aufeinander abstimmen und die künftigen Qualifikationsanforderungen besser analysieren und vorhersagen lassen. Die Mitteilung „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ enthält Vorschläge für Maßnahmen mit den folgenden Zielen: bessere Abstimmung von Qualifikationen und Stellenangeboten, Organisation dauerhafter Qualifikationsbewertungen, Zusammenführung der Bemühungen der Mitgliedstaaten und anderen internationalen Organisationen und Aufbau einer besseren Informationsbasis für künftige Bedürfnisse.

Die Europäische Kommission schlägt überdies eine bessere Überwachung der kurzfristigen Trends sowie die Ausarbeitung von Instrumenten zur besseren Abstimmung von Qualifikationen und Stellenangeboten auf dem europäischen Arbeitsmarkt vor. Darüber hinaus ist die Verbesserung der Informationen über den mittel- bis langfristigen Qualifikationsbedarf in der EU einschließlich regelmäßig aktualisierter Prognosen über zukünftige Arbeitsmarkttrends und einer Analyse des Qualifikationsbedarfs nach Sektoren geplant. Die Kommission wird die bestehenden Gemeinschaftsmaßnahmen und verfügbaren Fonds (insbesondere den Europäischen Sozialfonds) konsequenter einsetzen, um die Mitgliedstaaten, die Regionen und die für die Verbesserung der Arbeitnehmerqualifikationen und für die Abstimmung von Arbeitsplatzangebot und -nachfrage zuständigen Akteure zu unterstützen.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

[http://ec.europa.eu/education/news/news1110\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/news/news1110_en.htm)

#### **5. Verbesserung des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung, um entlassene Arbeitnehmer unterstützen zu können**

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms einen Vorschlag zur Verbesserung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) vorgelegt, um Menschen zu helfen, die infolge der Wirtschaftskrise entlassen wurden. Mithilfe der vorgeschlagenen Änderungen soll der EGF – entsprechend den Grundsätzen der Solidarität gegenüber Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben – ein wirksameres Instrument zur Krisenbewältigung werden.

Aus diesem Grund soll die bestehende EGF-Verordnung (1927/2006) geändert und die Wirksamkeit des Fonds durch folgende Maßnahmen erhöht werden:



- Senkung der für eine EGF-Unterstützung erforderlichen Mindestzahl der Entlassungen von 1 000 auf 500
- Ausdehnung des Zeitraums für die EGF-Unterstützung auf 24 Monate (derzeit 12 Monate)
- Erhöhung des EU-Finanzbeitrags von 50 auf 75 %
- Zeitweise Ausweitung des Anspruchs auf EGF-Unterstützung auch auf Arbeitnehmer, die von negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=de&newsId=432&furtherNews=yes>

## 6. EU-Globalisierungsfonds unterstützt Arbeitnehmer in Spanien und Litauen

Die Europäische Kommission hat im Dezember 2008 insgesamt 10,7 Millionen EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) ausgezahlt. 10,4 Millionen EUR fließen nach Spanien zur Unterstützung von rund 1 600 Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren, als der internationale US-amerikanische Konzern Delphi beschloss, sein Werk in Cádiz zu schließen und die Produktion in das bestehende Werk in Tanger zu verlegen. Weitere 298 000 EUR dienen der Unterstützung von 600 entlassenen Mitarbeitern des Textilwerks Alytaus Tekstilė in Südlitauen, damit sie so bald wie möglich wieder eine Arbeit finden.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de&newsId=426&furtherNews=yes>

## 7. Konjunkturabschwächung trifft den Arbeitsmarkt

Ein von der Europäischen Kommission am 19. Dezember 2008 veröffentlichter analytischer Rückblick zeigt, dass die EU-Wirtschaft unter der anhaltenden globalen Finanzkrise und dem in mehreren Mitgliedstaaten verzeichneten Rückgang des Immobilienmarktes leidet.

Laut Rückblick ist die Wirtschaftsleistung der EU im dritten Quartal 2008 geringfügig (um 0,2 %) zurückgegangen. Sie hatte bereits im vorhergehenden Quartal stagniert. Die Konjunkturabschwächung wirkt sich jetzt auch deutlicher auf den Arbeitsmarkt aus. Im dritten Quartal kam das Beschäftigungswachstum in der EU zum Stillstand (Nullwachstum im Quartalsvergleich) – eine Folge des Beschäftigungsrückgangs oder der Stagnation in fast allen großen Mitgliedstaaten (außer Deutschland und Polen).

Ausführliche Daten sind dem auf folgender Website veröffentlichten *Quarterly Labour Market Review – Winter 2008* zu entnehmen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=113&langId=en&newsId=441&furtherNews=yes>



## **8. Freizügigkeit der Arbeitnehmer zeigt positive Wirkung auf die europäische Wirtschaft**

Ein von der Europäischen Kommission am 18. Oktober 2008 veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Mobilität der Arbeitskräfte aus den Ländern, die in den Jahren 2004 und 2007 der EU beigetreten sind, eine positive Wirkung auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten hatte.

Mobile Arbeitskräfte aus Bulgarien, Rumänien und den EU-8-Ländern haben einen deutlichen Beitrag zur Eindämmung des Arbeitskräftemangels und somit zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre geleistet, ohne den Wohlfahrtsstaat in hohem Maße zu belasten. Selbst in Ländern mit den höchsten Einwandererzahlen gibt es nur wenige Anzeichen dafür, dass örtliche Arbeitskräfte verdrängt wurden oder ihre Löhne spürbar unter Druck gerieten. In einigen Bereichen hat es jedoch vorübergehende Anpassungsprobleme gegeben.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=25&langId=en&newsId=414&furtherNews=yes>

## **9. Vier EU-Länder heben Beschränkungen für bulgarische und rumänische Arbeitnehmer auf**

Einer Verlautbarung der Europäischen Kommission vom 8. Januar 2009 zufolge sind Griechenland, Spanien, Ungarn und Portugal dem Beispiel zehn weiterer EU-Mitgliedstaaten gefolgt und haben die Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt für bulgarische und rumänische Arbeitskräfte aufgehoben. Alle elf Mitgliedstaaten, die den Arbeitsmarktzugang durch nationales Recht auch weiterhin begrenzen, können die Beschränkungen bis zum 31. Dezember 2011 jederzeit aufheben. Nach diesem Datum ist die Aufrechterhaltung der Beschränkung nur im Fall einer ernsthaften Störung bzw. Bedrohung des Arbeitsmarkts möglich. Am 1. Januar 2014 tritt die uneingeschränkte Freizügigkeit der Arbeitnehmer aller 27 EU-Länder und somit auch der bulgarischen und rumänischen Arbeitskräfte in Kraft.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=442&furtherNews=yes>

## **10. Informationspaket über Migration in Europa**

Die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat im November 2008 ein neues Informationspaket über Migration veröffentlicht. In diesem Paket werden die Migrationsmuster untersucht und die Möglichkeiten und Problemstellungen der grenzüberschreitenden Mobilität herausgestellt.

Den Ergebnissen zufolge glauben 49 % der Europäer, dass Mobilität von Vorteil für den Einzelnen ist, während 50 % Vorteile für die Wirtschaft sehen. Laut den Zahlen haben allerdings nur 4 % der Arbeitskräfte diese Möglichkeit genutzt und sind in einen anderen Mitgliedstaat gezogen. Selbst angesichts eines zukünftigen Arbeitsplatzverlustes wären weniger als 31 % der EU-Bevölkerung bereit, in ein anderes EU-Land zu wechseln.



Wichtigster Grund, die heimatliche Region nicht verlassen zu wollen, ist die Sorge, den Kontakt zu Familie und Freunden zu verlieren (44 % der Befragten). Tatsächlich berichten auch 17 % derjenigen, die tatsächlich in ein anderes Land gezogen sind, eine Verschlechterung des Kontakts zu Familie und Freunden. Eine neue Sprache lernen zu müssen, ist ein weiterer Grund, warum die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Mobilität nicht genutzt wird.

Das Informationspaket *East, west, home is best? Migration in Europe* ist auf folgender Website veröffentlicht:

<http://www.eurofound.europa.eu/press/releases/2008/081113.htm>

### **11. Richtlinie zur Verbesserung der Rolle der europäischen Betriebsräte**

Das Europäische Parlament und der Rat haben im Dezember 2008 in erster Lesung den Legislativvorschlag der Kommission über die Rolle der europäischen Betriebsräte gebilligt.

Die neue Richtlinie soll das Gesetz von 1994 aufwerten und die Struktur der europäischen Betriebsräte dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel anpassen. Die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Zahl multinationaler Unternehmen bedeutet, dass Arbeitnehmer im Hinblick auf transnationale Angelegenheiten auf angemessene Weise unterrichtet und angehört werden müssen. Gleichzeitig muss eine Verknüpfung zwischen den europäischen Betriebsräten und den nationalen Arbeitnehmervertretungsorganen bestehen. Die Richtlinie sieht überdies eine Schulung für die Arbeitnehmervertreter europäischer Betriebsräte vor. Schließlich soll die Richtlinie die Gründung neuer Betriebsräte erleichtern.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&langId=en&newsId=438&furtherNews=yes>

### **12. Debatte über die europäische Arbeitszeitrichtlinie geht weiter**

Das Europäische Parlament hat am 17. Dezember 2008 den gemeinsamen Standpunkt zur Arbeitszeitrichtlinie, der vom Rat im Juni 2008 gebilligt worden war, zurückgewiesen. Der Standpunkt des Parlaments und der des Rates klaffen bei einigen wichtigen Fragen, wie zum Beispiel Ausnahmeregelungen und Bereitschaftszeit am Arbeitsplatz, noch immer deutlich auseinander. In den nächsten Monaten sollen weitere Verhandlungen zwischen den Ministern und dem Europäischen Parlament folgen.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/arbeitszeitrichtlinie-parlament-gegen-ausnahmeregelungen/article-178182>

### **13. EU hilft Arbeitnehmern der Verteidigungsindustrie**

Die Europäische Kommission und die wichtigsten Akteure der Verteidigungsindustrie haben am 8. Dezember 2008 eine neue Partnerschaft begründet, um die Veränderungen in diesem Wirtschaftszweig besser vorhersehen und bewältigen zu können. Diese Initiative vereint die Kommission, den Europäischen Verband der Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie (ASD), den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMF)



und die Europäische Verteidigungsagentur (EDA). Ziel ist es, die Entwicklungen in der Industrie zu beobachten; die Partner werden überdies ihr Know-how darüber austauschen, wie der Qualifikationsbedarf geplant und Umstrukturierungen sozialverträglich gesteuert werden können.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de&newsId=427&furtherNews=yes>

#### **14. Europäisches Gipfeltreffen zur beruflichen Gleichstellung von Mann und Frau**

Am 13. und 14. November 2008 fand in Lille unter der Schirmherrschaft der französischen EU-Präsidentschaft eine Konferenz über die berufliche Gleichstellung von Mann und Frau statt. Die Veranstaltung war Treffpunkt zahlreicher europäischer Teilnehmer, die institutionelle Organe und die allgemeine Öffentlichkeit vertraten. Parallel dazu fand ein informelles Treffen der Minister für Chancengleichheit statt, auf dem das Lohngefälle und die bessere Nutzung erfolgreicher Unternehmenspraktiken auf europäischer Ebene erörtert wurden.

Die Diskussionen am runden Tisch machten es einerseits möglich, die Problemstellungen im Bereich der beruflichen Gleichstellung von Mann und Frau zu verdeutlichen, andererseits Ziele festzulegen und sich über bewährte Verfahren in den Ländern Europas auszutauschen. Darüber hinaus haben die Minister des Dreivorsitzes (Frankreich, Tschechische Republik und Schweden) ein Programm zur Geschlechtergleichstellung für die nächsten 18 Monate gebilligt.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=418&langId=de&newsId=413&furtherNews=yes>

#### **15. Kommission fordert sechs Länder zur Umsetzung der Rechtsvorschriften für die Gleichbehandlung der Geschlechter auf**

Die Kommission hat die Länder Österreich, Litauen, Slowenien, Ungarn, Italien und Malta in einer Stellungnahme vom 27. November 2008 wegen mangelnder Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften verwarnet, die eine berufliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbieten. Zu den Hauptproblemen gehören die Definition der direkten und indirekten Diskriminierung, die Rechte der Frauen beim Mutterschutz und die Arbeitsmethoden der Gleichstellungsgremien. Die sechs Länder haben zwei Monate Zeit, um auf diese Stellungnahme zu reagieren. Danach kann die Kommission die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof (EGH) bringen.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=418&langId=de&newsId=423&furtherNews=yes>

#### **16. Europäisches Parlament billigt flexiblere Grundlage für die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)**

Das Europäische Parlament hat am 16. Dezember 2008 für eine Aktualisierung der Aufgaben und des Mandats der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF) gestimmt. Die Stiftung unterstützt die Bildungs- und Ausbildungssysteme der EU-Nachbarländer. Die neue Rechtsgrundlage gibt der Stiftung mehr Flexibilität, den Bedarf der



Dienststellen der Kommission und der Partnerländer zu decken. Der derzeitige Auftrag der Stiftung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung wird durch das Konzept der „Entwicklung des Humankapitals“ erweitert, welches das lebenslange Lernen und die Integration in den Arbeitsmarkt umfasst.

Weitere Informationen über die ETF sind auf folgender Website zu finden:

[http://www.etf.europa.eu/web.nsf/pages/Home\\_DE?OpenDocument](http://www.etf.europa.eu/web.nsf/pages/Home_DE?OpenDocument)

### 17. Bericht über Beschäftigung in Europa 2008

Im November 2008 wurde die 20. Ausgabe des Berichts der Europäischen Kommission „Beschäftigung in Europa“ veröffentlicht. Der Bericht enthält einen umfassenden Überblick über die Beschäftigungssituation in der EU sowie eine Analyse der wichtigsten Arbeitsmarktthemen.

Die wichtigsten Ergebnisse für 2008 sind:

- In der EU wurde ein generell solides Beschäftigungsniveau mit anhaltender, wenn auch langsamerer Arbeitsplatzbeschaffung als in der ersten Hälfte von 2008 verzeichnet
- Es könnte ein Zielkonflikt zwischen kurz- und mittelfristigem Beschäftigungs- bzw. Produktivitätswachstum entstehen, der jedoch durch einen geeigneten Policy-Mix gemildert werden kann
- Einwanderer haben seit 2000 einen wichtigen Beitrag zum EU-weiten Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum geleistet: Qualifikationslücken wurden geschlossen, der Arbeitskräftemangel wurde gemildert und die Arbeitsmarktflexibilität erhöht
- Die seit der Erweiterung im Jahr 2004 gesammelten Wirtschaftsdaten lassen darauf schließen, dass sich die jüngste EU-Mobilität generell positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt und keine größeren Arbeitsmarktstörungen hervorgerufen hat

Der vollständige Bericht ist auf folgender Website veröffentlicht:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=113&langId=en&newsId=415&furtherNews=yes>

### 18. Bericht über Umstrukturierung in Europa 2008

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember 2008 einen Bericht über Umstrukturierung in Europa 2008 veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Strategien und Maßnahmen, mit denen die EU den Wandel vorhersagen und die negativen Folgen der Umstrukturierung bewältigen will. Ferner werden die wichtigsten Faktoren des Wandels, die einen Einfluss auf die Wirtschaft haben – wie Globalisierung, technologischer Wandel, demografisches Altern und Klimawandel –, untersucht und analysiert. Ein weiterer Gegenstand der Untersuchung ist die Erweiterung der EU durch mittel- und osteuropäische Länder und die Folgen dieser Erweiterung für die Wirtschaft der EU-Mitgliedstaaten.

Laut dem Bericht verzeichnete der *European Restructuring Monitor* in der Zeit von 2002 bis 2007 über 7 000 bedeutende Umstrukturierungen in den Mitgliedstaaten. Bis jetzt waren hiervon etwas mehr als 2,9 Millionen Arbeitsplätze betroffen. Angesichts der



Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union ist in den kommenden Monaten mit weiteren Umstrukturierungen zu rechnen.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=434&furtherNews=yes>

### **19. Demografiebericht der Europäischen Kommission**

Der am 24. November 2008 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Demografiebericht besagt, dass die Zahl älterer Arbeitnehmer im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends deutlich gestiegen ist. Der Bericht bestätigt, dass sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Rentner und der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Europa zu einem Zeitpunkt, zu dem die Babyboom-Generation allmählich in den Ruhestand tritt, verlagert. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts ist die Zahl der Über-60-Jährigen in Europa um rund 1,5 Millionen Menschen pro Jahr gestiegen. Diese Zahl wird in den nächsten 25 Jahren auf 2 Millionen pro Jahr steigen.

Andererseits deuten die Zahlen für 2007 darauf hin, dass insgesamt 50 % der Männer und 40 % der Frauen ab 60 Jahren berufstätig waren. Das von der Lissabon-Strategie für 2010 angestrebte Ziel von 50 % ist somit in greifbare Nähe gerückt. Laut dem Bericht hat sich der Vorruhestandstrend der 1990er Jahre umgekehrt und die „alternden Babyboomer“ haben das „Potenzial, durch ihre Erwerbsbeteiligung einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftslage zu leisten“.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/bericht-immer-mehr-altere-menschen-arbeiten/article-177452>

### **20. Studie über Zeitarbeit und Tarifverhandlungen in der EU**

Die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hat im Dezember 2008 einen Bericht über die aktuelle Situation der Zeitarbeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union veröffentlicht. Die Studie basiert auf den Länderberichten der Korrespondenten des Europäischen Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO).

Der Bericht beschreibt die Struktur des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen in den verschiedenen Ländern der EU. Untersucht wird auch die Rolle der Tarifverhandlungen im Hinblick auf solche Aspekte wie Überlassungsdauer, Einsatz von Zeitarbeit im Fall von Streiks, zulässiger Prozentsatz an Zeitarbeitnehmern, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Ausbildung und andere Beschäftigungsbedingungen.

Der komplette Bericht ist auf folgender Website veröffentlicht:

<http://www.eurofound.europa.eu/eiro/studies/tn0807019s/index.htm>